

BESCHLUSSVORLAGE V165/14 öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Soziales
	Kostenstelle (UA)	4700
	Amtsleiter/in	Frau Christine Einödshofer
	Telefon	3 05-25 00
	Telefax	3 05-25 04
E-Mail	referat.fuersozialesundumwelt@ingolstadt.de	
Datum	19.03.2014	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Finanz- und Personalausschuss	03.04.2014	Vorberatung	
Stadtrat	10.04.2014	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Neue Planstellen zur Unterbringung und Betreuung von der Stadt Ingolstadt zugewiesenen Asylbewerbern
(Referent: Herr Wolfgang Scheuer)

Antrag:

Zur Bewältigung der Aufgaben im Rahmen der Unterbringung und Betreuung von der Stadt Ingolstadt zugewiesenen Asylbewerbern, wird beim Amt für Soziales eine neue Vollzeitplanstelle mit KW-Vermerk 01/2019 mit der Dotierung EG 11 und eine weitere Vollzeitplanstelle mit KW-Vermerk 01/2019 mit der Dotierung A 9 bzw. S 12 ausgewiesen.

gez.

Wolfgang Scheuer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten 131.900,--	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 40000.414000 <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Seit dem Jahr 2011 steigt die Zahl der in Deutschland asylsuchenden Menschen wieder deutlich (10,3 % mehr als 2010). Die vorhandenen Plätze in Aufnahme- oder Gemeinschaftseinrichtungen sind überbelegt. Die Asylbewerber werden daher von den jeweiligen Bezirksregierungen auf die Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns verteilt. Nach § 7 der Durchführungsverordnung zum Asylbewerberleistungsgesetz (DVAsyl) ist die Stadt Ingolstadt verpflichtet, 3,3 % der unterzubringenden Asylbewerber aufzunehmen.

Für Ingolstadt bedeutete dies, dass, nach Schließung der früheren Gemeinschaftsunterkünfte der Regierung von Oberbayern, bis November 2011 nur eine kleine Gruppe von ca. 15 Personen lebte, deren Asylverfahren seit Jahren nicht abgeschlossen sind.

Im Dezember 2011 wurde die erste Gruppe von 20 Asylbewerbern zugewiesen. Seither erfolgten ständig weitere Zuweisungen, so dass wir aktuell bei 272 Personen angekommen sind. Dabei ist zu beachten, dass die zugewiesenen Personen wechseln, d.h. die einen gehen weg und neue kommen nach. Die Asylbewerber sind dezentral auf das ganze Stadtgebiet verteilt derzeit unter 16 verschiedenen Adressen untergebracht.

Die zu versorgenden Personen kommen aktuell aus 20 verschiedenen Ländern, sprechen ebenso viele verschiedene Sprachen und sind überwiegend erst seit ganz kurzer Zeit im Bundesgebiet. Diese Problematik und die große Zahl der untergebrachten Asylbewerber macht hier einen

eigenen Mitarbeiter erforderlich, der sich täglich um die Unterkünfte und ihre Bewohner kümmern kann.

Dies ist auch besonders wichtig, um Probleme mit den Nachbarn zu vermeiden oder zu klären und damit keine Anti-Asyl-Stimmung in der Bevölkerung aufkommen zu lassen, denn die Regierung von Oberbayern geht davon aus, dass Ingolstadt bis Ende 2014 über 500 Asylbewerber zugewiesen werden.

Um die hier anfallenden Arbeiten und Probleme bewältigen zu können und dabei möglichst „kurze Wege“ zu haben und Kompetenzen zu bündeln, soll beim Amt für Soziales ein eigenes Sachgebiet „Asyl“ gebildet werden. Für die Leitung des Sachgebiets wird eine neue Vollzeitplanstelle mit der Dotierung EG 11 geschaffen.

Im Hinblick auf die große Zahl der zugewiesenen Asylbewerber ist es notwendig, diese so schnell als möglich sprachlich zu fördern, dem Arbeitsmarkt nahezubringen und in die Gesellschaft zu integrieren. Um hier eine möglichst effektive Betreuung bieten zu können, die in enger Vernetzung mit dem Jobcenter Ingolstadt arbeitet, wird hierfür eine Vollzeitplanstelle mit der Dotierung in A 9 bzw. S12 geschaffen.

Der Stadt Ingolstadt wurde von der Regierung von Oberbayern nahe gelegt, die entsprechenden Mietverträge für die Anmietung von Unterkünften auf bis zu 5 Jahre abzuschließen. Es ist deshalb von einer Änderung dieser Bedarfe in den nächsten Jahren nicht auszugehen.

Als Ergebnis dieser Überlegungen sollen die Stellen auf den 31.12.2018 befristet werden. Die Vorlage wurde mit der Steuerungsunterstützung abgestimmt.